

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 15. Juli 2026 • Nr. 161 / 29 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

Pflegekosten im Heim gestiegen

Der selbst zu bezahlende Anteil für Pflege im Heim wird immer teurer. Mit Stand 1. Juli waren im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt 3364 Euro im Monat aus eigener Tasche fällig. Monatlich waren das 119 Euro mehr als zu Jahresbeginn und 256 Euro mehr als zum 1. Juli 2025, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Die Koalition arbeitet gerade an einer Pflegereform. Patientenvertreter warnten davor, Entlastungen bei den Eigenanteilen dabei abzuschwächen. Regional gibt es der neuen Auswertung zufolge weiterhin große Unterschiede bei den monatlichen Belastungen. Im Ländervergleich am teuersten war die Pflege im ersten Jahr im Heim in Bremen mit nun durchschnittlich 3761 Euro und im Saarland mit 3695 Euro. Nur in Sachsen-Anhalt lag die Belastung mit im Schnitt 2891 Euro im ersten Heimjahr unter der Schwelle von 3000 Euro. In den Summen ist zum einen ein Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Hinzu kommen Zahlungen für Unterkunft und Verpflegung, Investitionen in den Einrichtungen und Umlagen für Ausbildungskosten im Heim. Kostentreiber sind vor allem die Personalausgaben für dringend benötigte Pflegekräfte. (Siehe Wirtschafts, Seite 15.) F.A.Z.

Ukrainische Soldaten in Paris



Nationalfeiertag – Mehr Flugzeuge, mehr Fahrzeuge, rund 6800 Soldaten, darunter erstmals auch Soldaten aus der Ukraine. Die traditionelle Militärparade zum Gedenken an die Französische Revolution war von Präsident Macron als Demonstration der Stärke gegenüber Russland gedacht.

„Patriotismus ja, Nationalismus nimmer“, bekundete er. Zu den Ehrengästen gehörten Selenskyj und Merz. Bei einer Parade soll es zudem nicht bleiben. Schon in den nächsten Monaten sind gemeinsame Manöver in Polen und anderen Nachbarländern der Ukraine geplant. **Seite 3** Foto AFP

Ahrweiler als Menetekel

Von Jasper von Altenbockum

Im Ahrtal spielte sich vor fünf Jahren nicht nur eine schreckliche Flutkatastrophe ab. Sie war der Beginn einer politischen Umorientierung. Das lag nicht nur am Behördenversagen, das vom Landkreis bis in die Landeshauptstadt reichte. Nicht erst unter dem CDU-Ministerpräsidenten von heute, sondern schon unter dessen SPD-Vorgängern wäre dafür eine Entschuldigung fällig gewesen. Was die Katastrophe zur politischen Wende werden ließ, war und ist aber noch etwas anderes.

Es hat etwas Zynisches, wenn nach Naturkatastrophen wie dieser, um Schuldgefühle zu wecken, dazu aufgerufen wird, nun aber noch rigoroser dafür zu kämpfen, dass in zwanzig Jahren in Deutschland klimaneutrale Zustände herrschen. Den Leuten im Ahrtal oder irgendwo sonst, wo sich die Natur im Zeichen des Klimawandels gegen den Menschen wendet, ist damit nicht geholfen. Daran ändert sich auch nichts, wenn in zwanzig oder dreißig Jahren die Klimaziele einmal erreicht sind. Diese nationalen Ziele können im besten Fall Schlim-

meres verhüten, wiewohl nicht einmal das sicher ist, schaut man sich um, was sich international tut. Sicher ist nur, dass die Klimaziele nicht abwenden werden, was sich im Ahrtal jederzeit wiederholen könnte.

Diese Einsicht macht das Ahrtal zum Menetekel. Eine von Alarmsismus getriebene Klimapolitik, die glaubt, weit in die Zukunft planen und dirigieren zu können, raubt der Gegenwart die Mittel und Möglichkeiten, um vernünftige Vorsorge zu treffen. Symptomatisch ist deshalb, dass die Klimapolitik, wie sie besonders in Mainz betrieben wurde, noch immer jeden zum Klimasünder erklärt, der sie anzweifelt, aber den politischen Willen nicht aufgebracht hat, im Ahrtal die nötigen Rückhaltebecken für künftige Hochwasser bauen zu lassen. Was will man den Talbewohnern sagen, wenn es wieder dazu kommt? Dass man noch rigoroser dafür kämpfen muss, Deutschland in die Klimaneutralität zu transformieren? Das mag grüne Klimapolitik hoch zwei sein. Fürsorglich ist sie nicht. Sie führt eher ins politische Ahrtal.

Magyars gefährlicher Zug

Von Alexander Haneke

Woche für Woche wartet der neue ungarische Ministerpräsident Péter Magyar mit Reformplänen auf. Im Eiltempo demontiert er den „illiberalen Staat“ seines Vorgängers Viktor Orbán. Am Montagabend war das große Paket von Verfassungsänderungen dran, mit dem er nicht nur Präsident Tamás Sulyok per Gesetz aus dem Amt fegt, sondern wie nebenbei einen Großteil der Oppositionsabgeordneten von der nächsten Wahl ausschließt. Denn Parlamentarier dürfen künftig nur noch drei Wahlperioden im Hohen Haus sitzen. Für die meisten Fidesz-Leute ist ihre Zeit damit bald abgelaufen. Magyarys Tisza-Fraktion, die fast nur aus Politikneulingen besteht, bleibt von der Einschränkung unberührt.

Demokratiethoretisch ist das hochproblematisch. Doch Magyarys Beliebtheit tut es keinen Abbruch. Im Gegenteil. In Umfragen liegen seine Zustimmungswerte weiterhin um 70 Prozent, deutlich höher noch als am Tag seines phänomenalen Wahlsiegs im April.

Viele von Magyarys Reformen gehen in die richtige Richtung. Sie helfen dabei, Rechtsstaat und Demokratie nach 16 Jahren Fidesz-Übermacht wieder funktionsfähig zu machen. Mit dem jüngsten Gesetzespaket wird die Selbstverwaltung der Richter gestärkt, deren Unabhängigkeit Orbán immer weiter eingeschnürt hatte. Auch beim Verfassungsgericht hat sich Magyar für sachte Reparaturen statt für eine brachiale Lösung entschieden. Indem er eine (erst von Orbán abgeschaffte) Altersgrenze wieder einführen lässt, kann die Richterbank in langsamen Schritten neutraler besetzt werden.

Doch inzwischen zeigt sich eine problematische Seite von Magyarys Politikstil, die in der Rückschau schon in seinem Wahlkampf erkennbar war. Fast im Alleingang hatte der Tisza-Chef damals die Übermacht von Orbáns millionenschwerem Medienapparat überwunden, indem er die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke intelligent nutzte. Die Mittel waren einfach, aber wirksam. Ohne Unterlass lud Magyar neue Videos und Kommentare hoch, die seine Anhänger ständig teilten und ihm so Reichweite verschafften. Ständig war er online, immer mit dem Mikrofon am Revers, um sein politisches Leben in die Netzwerke zu übertragen.

Entscheidend war aber vor allem die Art, wie er Probleme ansprach: Magyar argumentierte konkret, machte Korruption an greifbaren Beispielen sichtbar. Alles drehte sich um seine Person, Péter Magyar, die es mit jedem Gegner aufnahm.

Diesen Stil führt er nun von der Regierungsbank aus weiter. Wie in einer Realityshow können die Ungarn am politischen Leben ihres neuen Ministerpräsidenten teilhaben, meist live

übertragen in den Netzwerken. In den Debatten zeigt Magyar seine ganze Angriffslust und seine schon berüchtigte rhetorische Schärfe, manchmal maßlos übertrieben und persönlich verletzend, doch stets unterhaltsam. In anderen Ländern sind mit dieser Methode vor allem Oppositionsparteien vom politischen Rand aus erfolgreich, indem sie ihre Netzwerke mit permanenten, deftigen Angriffen bespielen. Magyar holt diesen Stil in die Mitte.

Viele Ungarn sehen bislang vor allem die positiven Seiten dieses politischen Theaters. Noch nie hätten Parlamentsdebatten so viel Aufmerksamkeit erfahren, heißt es. Es werden bereits Parallelen zu Donald Trump gezogen, als dessen ungarischer Wiedergänger sich Magyar in den Augen

Wie der neue ungarische Ministerpräsident Gegner aus dem Weg räumt, ist hochproblematisch.

einiger entpuppt. (Ja, Magyar und nicht Orbán, der seine Nähe zum US-Präsidenten so gerne zur Schau stellte.) Denn wie Trump habe Magyar die Logik der Social-Media-Demokratie verstanden, in der man durch ständiges Drama im Stil einer Netflix-Serie Aufmerksamkeit bekommt.

Doch zeigt sich hier ein gefährlicher Zug von Magyarys Methode. Sulyok war eigentlich ein farbloses Bürokrat, von dem kaum politische Gefahr ausging. Magyar lud die Figur des Präsidenten, der nach von Orbáns Fidesz-Mehrheit (demokratisch) ins Amt gebracht worden war, symbolisch auf, um ihn als „Marionette“ des alten Regimes wirkmächtig zu entfernen. Orbán hatte er schon kurz zuvor durch eine neue Amtszeitbegrenzung für den Regierungschef von einer Wiederwahl ausgeschlossen. Nun ging Magyar daran, auch den Rest der Fidesz-Fraktion durch die Mandatsbeschränkung politisch zu erledigen, obwohl von der Partei kaum mehr als ein Scherbenhaufen übrig ist. Was folgt, wenn alle Gegner aus dem Weg geräumt wurden, muss sich noch zeigen.

Mit alldem ist Ungarn sicher noch nicht auf dem Weg in eine neue Autokratie, wie es der Fidesz in gespielter Dramatik darstellt. Doch die liberale Demokratie lebt davon, den Gegner genau nicht zu eliminieren, sondern ihm die Möglichkeit zu belassen, wieder zur Mehrheit zu werden. Magyar sollte vorsichtig sein mit seinem Argument, dass die Ungarn ihm ein klares Mandat gegeben hätten. Mit dieser Begründung konnte auch Viktor Orbán seinen „illiberalen Staat“ errichten, heftig kritisiert aus der EU. Nun muss Brüssel zeigen, dass auch für Magyar die gleichen Maßstäbe gelten.

Wie eine Nacht die Türkei veränderte

Der Umsturzversuch in der Türkei war ein Wendepunkt, der bis heute nachwirkt. Vieles blieb ungeklärt. Zeitgeschichten, Seite 8

Ein Paradigmenwechsel

Bislang haben BND und Verfassungsschutz vor allem Informationen gesammelt. Das soll sich jetzt ändern. Politik, Seite 2

Ein neues altes Feindbild

In Sachsen-Anhalt hat sich die AfD aufs Bauhaus in Dessau eingeschossen. Durs Grünbein erinnert an die Tradition dabei. Feuilleton, Seite 9

Lehrer-Bonus dank Meta?

Wie der Techkonzern im Ringen um ein KI-Rechenzentrum in Louisiana punkten will. Wirtschaft, Seite 22

Infantinos Datengeschenk

Die Kooperation zwischen FIFA und dem Apparat von Donald Trump geht tiefer als bislang bekannt. Schreitet das IOC ein? Sport, Seite 28

Klimawandel

Warum das Beispiel Afrika zeigt, dass die Hoffnung auf Anpassung keine Illusion ist. Ein Bericht zweier Ethnologen. Natur und Wissenschaft, Seite N 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Amerika greift Iran wieder an

WASHINGTON. Die amerikanischen Streitkräfte haben im Konflikt um die Straße von Hormus am frühen Dienstag in dritter Nacht in Folge Ziele in Iran bombardiert. Teheran reagierte mit dem Beschuss zweier Tanker in der Meerenge. Bei dem Angriff auf die Schiffe der Vereinigten Arabischen Emirate wurde nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Abu Dhabi ein indisches Besatzungsmitglied getötet. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor die Seeblockade gegen Iran wieder eingesetzt und eine Gebühr für amerikanisches Geleitz durch die Wasserstraße gefordert. (Siehe Seiten 6 und 8.) sat.

Keine Kontrollen nach Gibraltar mehr

MADRID. In Gibraltar enden zehn Jahre nach dem Brexit an der einzigen Landgrenze auf dem europäischen Festland zwischen Großbritannien und dem Schengenraum die Kontrollen für Fußgänger und Autofahrer. Am Dienstag haben in Brüssel der EU-Handelskommissar und der britische Europaminister ein entsprechendes vorläufiges Abkommen unterzeichnet, das die Parlamente noch ratifizieren müssen. Täglich überqueren mehr als 15.000 Pendler die Grenze zum britischen Überseegebiet. Am Flughafen sind künftig spanische Beamte an der Kontrolle beteiligt. (Siehe Seite 3.) hcr.

Prien: Kürzung beim Unterhalt notwendig

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hat die Pläne der Regierung zur Kürzung des Vorschusses bei Unterhaltszahlungen verteidigt. Der F.A.Z. sagte sie, die Haushaltslage sei so dramatisch, „dass wir auch um den schmerzhaften Rückbau von Leistungen nicht umhinkommen“. Wenn es dabei um Familien gehe, tue dies „besonders weh“. Andererseits würden andere Länder gar keine Vorschüsse anbieten. Die Regierung will für die Unterhaltszahlungen künftig nur noch bis zum 16. Lebensjahr des Kindes einspringen. Kritik daran gab es aus der SPD-Fraktion und der Opposition. (Siehe Seiten 4 und 8.) F.A.Z.

Extremistisches Motiv nach Amoktat vermutet

MÜNCHEN. Im Fall der Gewalttat eines 16 Jahre alten Jugendlichen an einem Gymnasium im bayerischen Schongau gibt es Anhaltspunkte, dass der kroatische Täter zwei Mädchen aus extremistischen Motiven schwer verletzt haben könnte. Die Generalstaatsanwaltschaft München teilte am Dienstag mit, sie habe die Ermittlungen wegen des Verdachts des zweifachen versuchten Mordes übernommen. Gegenstand der Ermittlungen ist auch ein „Manifest“, das vom Täter stammen könnte. Darin wird auch gegen Religionsgemeinschaften und Bevölkerungsgruppen gehetzt. tjr.



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs